

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung

Das Glättechaos in Berlin beenden – für einen funktionierenden Winterdienst aus einer Hand von Profis

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Ob eine Stadt funktioniert, zeigt sich insbesondere im Umgang mit den Schwächsten. Der CDU geführte Senat von Berlin hat das Versprechen, Berlin wieder zum Funktionieren zu bringen, erneut gebrochen. Wochenlang blieben Gehwege von Eis und Schnee ungeräumt – ein Versagen mit massiven Folgen für tausende Menschen. Die Unfallzahlen erreichten Rekordhöhen, und Polizei und Feuerwehr waren am Limit. Viele ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen waren von der Mobilität abgeschnitten und konnten sich nicht mehr selbstständig durch die Stadt bewegen. Auch die wirtschaftlichen Folgen durch Gesundheitskosten, Arbeitsausfall, Unfallschäden und Umsatzeinbußen sind für das Land Berlin enorm. Statt Berlin sicherer zu machen, hat der Regierende Bürgermeister erneut in der Krise versagt. Das ist eine Blamage für Berlin.

Sehenden Auges hat die CDU geführte Senatsumweltverwaltung eine rechtswidrige Allgemeinverfügung erlassen. Das daraufhin von den Fraktionen der CDU und SPD vorgelegte Gesetz zur Änderung des Straßenreinigungsgesetz (Drucksache 19/2933) ist nicht geeignet, das Chaos zu beheben. Das vorgelegte Gesetz ignoriert die beschlossene Verwaltungsreform. Das beispiellose Zuständigkeitschaos im Winterdienst muss beendet werden. Die Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, müssen endlich auch für SPD und CDU Priorität haben. Das bedeutet, dass auch der Winterdienst auf Gehwegen in die Hände von Profis gehört.

Das Abgeordnetenhaus stellt deshalb fest:

Berlin braucht endlich einen funktionierenden Winterdienst aus einer Hand – organisiert von Profis. Dazu muss der Senat jetzt auf den Weg bringen:

- Die Berliner Stadtreinigung (BSR) als professionell aufgestelltes Landesunternehmen wird gesetzlich beauftragt, den Winterdienst aus einer Hand zu organisieren – sowohl auf Gehwegen, Fahrbahnen und Radwegen, als auch an Haltestellen der BVG, vor Gebäuden der Landes- und Bezirksverwaltung, in Fußgängerzonen und auf öffentlichen Plätzen. Hohe Priorität sollen hierbei die Gehwege haben. Denn selbst wenn Menschen das Auto oder das Fahrrad bei Glätte stehen lassen: zu Fuß gehen müssen alle Menschen in Berlin.
- Zur Finanzierung dieser Aufgabe kann die BSR Straßenreinigungsgebühren auch für den Winterdienst auf Gehwegen erheben. Im Gegenzug entfallen die Kosten, die Eigentümer*innen und Mieter*innen derzeit für private Winterdienstunternehmen zahlen.

Die bisher geltende kleinteilige Verantwortung für jeden Gehwegabschnitt durch die Grundstückseigentümer*innen hat sich als unpraktikabel und ineffizient erwiesen und führt zu einem erheblichen Kontroll- und Umsetzungsdefizit. Gerade mobilitätseingeschränkte Menschen müssen auch bei Schnee und Eis die Möglichkeit haben, sicher unterwegs zu sein.

Herkömmliches Tausalz schadet Bäumen, Pflanzen, Tieren und der städtischen Infrastruktur und bietet regelmäßig keine Lösung für das Glatteis. Der Einsatz von Tausalz wäre in den meisten Fällen nicht nötig, wenn rechtzeitig und professionell der Winterdienst durchgeführt würde.

Der von den Fraktionen der CDU und SPD vorgelegte Gesetzentwurf verschärft das Zuständigkeitschaos, schadet der Umwelt und Infrastruktur der Stadt und verhindert eine klare Planungsperspektive für die BSR. Diese muss nun in die Lage versetzt werden, um die notwendigen Ressourcen für einen Winterdienst aus einer Hand aufzubauen. Die Vorstellung, dass sich die BSR die Kosten für eine Ersatzvornahme nachträglich von einzelnen Eigentümern zurückholen muss, geht an der Realität der Stadt vorbei.

Berlin, den 10. Februar 2026

Jarasch Graf Hassepaß Kapek Lux
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen